



„Hey, wir wollen, dass unser Theater bleibt, wie es ist!“

VER.DI ZIEHT UM

Der Landesbezirk Berlin-Brandenburg zieht Ende Juli in das neugebaute ver.di-Domizil im Spreeport, nahe dem Ostbahnhof, um. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie sind deshalb vom 19. Juli bis 22. Juli 2004 für Besucher nicht zu erreichen. Die Adresse des ver.di-Landesbezirkes lautet dann **Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin**. Auch die Telefonnummern ändern sich. Die Zentrale ist unter **030/88 66-0** zu erreichen (siehe Seite 16).

CARROUSEL THEATER AUF SCHLEUDERFAHRT

Theater an der Parkaue kämpft um auskömmliche Finanzierung

„Wer beim Kindertheater sparen will, hat von Jugend keine Ahnung“, brachte es Schauspieler-Urgestein Helmut Geffke bei der Protestveranstaltung des carousel-Freundeskreises vor dem Roten Rathaus auf den Punkt, worum es dem carousel-Theater und seinen Sympathisanten geht.

„Ganze Menschen brauchen ganzes Theater“ hieß die Protestveranstaltung, bei der 10 000 Solidaritätsunterschriften an den Regierenden Bürgermeister übergeben wurden. Julius und seine tanzenden Freunde aus den Klassen 4a und 4b von der Grundschule am Traveplatz meinten einfach: „Wir wollen, dass das carousel so bleibt, wie es ist!“

Die beiden Kinder- und Jugendtheater in Berlin, das Grips am Hansaplatz und das als Landes-

bühne finanzierte carousel an der Parkaue gehören zu den bestausgelasteten Theatern der Stadt. Junge Leute kommen hierher zu den zahlreichen Vorstellungen, aber auch zu Projekten und workshops. Theaterpädagogen leisten

**Das Loch im Tank
noch vergrößern?**

wertvolle Arbeit. Das avantgardistischere Grips und das vielseitige carousel als Repertoiretheater ergänzen einander sinnvoll. Dennoch steht das Schicksal des Lichtenberger Hauses erneut auf des Messers Schneide.

Das Haus an der Parkaue ist – dem früheren Kultursenator Radunski geschuldet – seit Jahren

unterfinanziert. Inzwischen sind die zwangsläufig entstandenen Defizite auf fünf Millionen Euro angewachsen. Gleichzeitig hat das Haus seit der Wende sein Personal halbiert, Bereiche ausgelagert, seit 1995 seine Einnahmen verdreifacht und jährlich ein pralles Kulturangebot für 90 000 Kinder und Jugendliche bereitgestellt. Proportional hat das carousel den höchsten Sparbeitrag unter allen Berliner Theatern erbracht. Doch statt die Bühne endlich zu entschulden – „mit einem Loch im Tank kann man nicht ewig weiterfahren“ –, meint SPD-Haushaltsexperte Bert Flemming richtig – kamen im Koalitionsausschuss von SPD und PDS in diesem Frühjahr ganz andere Ideen auf: Um die Defizite im Kultur- und Wissenschaftshaushalt durch

nicht zu erzielende Studiengebühren auszugleichen, könne man doch dem carousel seine zu geringen Zuschüsse von 5,1 auf 2,5 Millionen Euro im Jahr reduzieren. Die Haushälter verhängten wegen der Unwägbarkeiten eine Finanzsperre für 2005...

Die Protestwelle kam prompt. ver.di Berlin-Brandenburg befürchtete das Aus für das älteste Kinder- und Jugendtheater Deutschlands und kritisierte das „falsche Signal für die Kultur- und Bildungspolitik“, der internationale Verband der Kinder- und Jugendtheater stellte sich hinter das carousel, Bühnenverein, Berliner Festspiele, Schulen und Kindereinrichtungen erklärten sich solidarisch.

Die Situation ist reichlich widersinnig. Im Koalitionsvertrag von SPD und PDS hatte es geheißt, dass das carousel als Landesbühne erhalten und „in seiner Arbeitsfähigkeit gestärkt“ werden solle. Auch heute traut sich kaum jemand, zuletzt wohl der Kultursenator, offen gegen das carousel aufzutreten. Eine PDS-Fraktionssitzung hat sich für den Erhalt der Bühne ausgesprochen. In der Koalition spricht man inzwischen eher von „kumulierten Finanzdefiziten“ und den Schwierigkeiten, das Geld an anderer Stelle – jedenfalls nicht im Kulturhaushalt – aufzutreiben.

Fortsetzung auf Seite 3

Am 1. Mai sind zehn weitere Länder der Europäischen Union beigetreten. Fast 50 Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und 15 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bedeutet dieses Datum das Zusammenwachsen eines lange geteilten Europa. Das bringt für gesellschaftliche Institutionen und Organisationen große Herausforderungen mit sich, auch für Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftslandschaft in den Beitrittsländern ist unterschiedlich und nur bedingt mit den Strukturen in unserem Land vergleichbar. Sektorale Tarifverträge gibt es in den meisten Ländern nicht, die betriebliche Ebene ist häufig der einzige Ort der Lohnfindung. Das zeigt die Notwendigkeit für die europäischen Gewerkschaften, enger zusammen zu rücken, damit im „Europa der 25“ nicht Shareholder und Konzerne den Ton angeben, sondern die arbeitenden und Arbeit suchenden Menschen.

Ziel muss es sein, dass im Zuge der EU-Erweiterung nicht eine Seite zu Lasten der anderen profitiert. Erschwerend in diesem Prozess kommt hinzu, dass die Europäische Union nur wenige gemeinsame Regelungen in sozialen Fragen getroffen hat, die eine Verbesserung der Lebens-

und Arbeitsbedingungen in den Beitrittsländern bewirken würden. In Europa gibt es zwar einen einheitlichen Markt, aber völlig unterschiedliche Steuer- und Sozialsysteme. Durch diesen „Geburtsfehler“ der Europäischen Union, der sich mit der Ost-Er-

weiterung bei extrem hoher Arbeitslosigkeit geringe Einkommen und Arbeitnehmerrechte mit niedrigen Unternehmenssteuern einhergehen. Andererseits wird die Erweiterung genutzt, um die Sozialsysteme in den alten EU-Ländern massiv unter Druck zu setzen.

gramme der Europäischen Union haben diesen Prozess unterstützt, aber trotzdem: Die bisherigen deutsch-polnischen Kooperationen gehen in der Regel über das unmittelbare Grenzgebiet hinweg – Kontakte innerhalb dieses Raumes haben noch Seltenheitswert. Althergebrachte Ressentiments, zu geringe Kenntnisse der anderen Sprache, Kultur und Geschichte, Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber den Nachbarn wie gegenüber der Erweiterung der EU insgesamt, vor allem aber häufig nicht qualifizierbare Ängste haben bisher den Alltag mehr bestimmt als normale partnerschaftliche Zusammenarbeit. Die Verkehrsinfrastruktur genügt nicht einmal den gegenwärtigen, geschweige den künftigen Anforderungen.

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Grenzregion muss als gemeinsame Aufgabe der Länder Berlin und Brandenburg und der angrenzenden polnischen Regionen Lebus Land und Westpommern begriffen und umgesetzt werden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl muss von unten nach oben wachsen. Eine gut funktionierende partnerschaftliche Zusammenarbeit von Parlamenten, Verwaltungen, aber auch von Gewerkschaften ist dafür eine Grundvoraussetzung.

AUF EIN WORT

BRÜCKENKOPF IM ERWEITERTEN EUROPA



Foto: transilv. Polentz

HARTMUT FRIEDRICH – STELLVERTRETENDER
LANDESBEZIRKSLEITER VER. DI BERLIN-BRANDENBURG

weiterung verschärft, besteht die Gefahr, dass sich Menschen und Staaten in Europa gegeneinander ausspielen und erpressen lassen.

Eine Folge dieser Entwicklung ist einerseits ein massives Steuer- und Lohndumping in den Beitrittsstaaten, wobei nicht selten

250 Kilometer gemeinsame Grenze verbinden Brandenburg, in dessen Mitte die deutsche Hauptstadt Berlin liegt, mit dem größten EU-Beitrittsland Polen. Seit der politischen Wende haben sich der deutsche und der polnische Teil der Oder-Neiße-Region wieder angenähert. Förderpro-

BUCHTIPP

AUS DEM INNENLEBEN DER RECHTEN SZENE

CH. LINKS 2004

Am 11. September 2003 schreckte eine Eilmeldung die deutsche Öffentlichkeit auf. Große Mengen hochexplosiven-Sprengstoffs waren in der rechten Szene Münchens gefunden worden. Eine neonazistische Terrorgruppe hatte für den Jahrestag der braunen Juden-Pogrome am 9. November einen Anschlag auf die Münchner Synagoge geplant und dabei den Tod vieler Menschen einkalkuliert. Nach kurzer Zeit war das Thema aus den Medien verschwunden. So gründlich, dass die ersten Urteile vom Amtsgericht Neuruppin in dieser Angelegenheit gar nicht zur Kenntnis genommen worden sind. „Das Verfahren wurde in ei-

nem Verhandlungstag durchgezogen. Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren nicht an sich gezogen, wie es zu erwarten gewesen wäre“, wundert sich Andrea Röpke. Die freie Journalistin beobachtet die rechte Szene in Deutschland seit Jahren gründlich. Jetzt hat sie gemeinsam mit Andreas Speit ein Buch veröffentlicht, das aufrütteln müsste. Sechs Autoren beschäftigen sich in zehn Aufsätzen mit der Umstrukturierung der Neonaziszene. Reportagen aus dem Innenleben dieser Gruppen erhellen Funktionsmechanismen. Statt in Parteien organisiert sich vor allem der rechte Nachwuchs in autonomen so genannten Freien Kameradschaften, die über Aktionsbüros regional vernetzt sind. Ziel ist die Schaffung „National befreiter Zonen“ überall in Deutschland. Im Anhang sind die einzelnen Kameradschaftsstrukturen aufgelistet. Diese Gruppierungen beziehen

sich offen auf den historischen Nationalsozialismus und zeichnen sich durch große Gewaltbereitschaft aus. Tatsächlich vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über rechte Übergriffe gesprochen wird. Die Opfer sind alternative Jugendliche, Punks, Juden, Ausländer – alle, die nicht ins Weltbild der Neonazis passen. Im

Braune Kameradschaften als Teil der Jugendkultur

Buch wird an Beispielen belegt, dass den Freien Kameradschaften etwas gelungen ist, wovon die traditionellen Rechten aus der NPD, der DVU oder den Republikanern nur träumen konnten. Die „Kameradschaften“ sind in bestimmten Regionen Teil einer rechten Jugendszene, die sich durch eigene Modecodes und eine spezielle Kultur definiert.

Ein anderer Aufsatz widmet sich dem Aufbau rechter Infrastruktur vor allem in dünn besiedelten Gegenden Ostdeutschlands. So baute der notorische westdeutsche Neonazi Steffen Hupka mit finanzieller Unterstützung von Alt- und Neonazis das ehemalige Altenheim „Schloss Trebnitz“ bei Halle zum „Schulungszentrum für Mitteldeutschland“ aus.

Die Autoren verstehen ihr Buch als einen Beitrag für mehr Engagement und Zivilcourage. Die politischen Signale gehen leider in eine andere Richtung: Mehreren Organisationen, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren oder die Opfer rechter Gewalt unterstützen, wurde von den CDU-Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Thüringen der Geldhahn zugekehrt. **Peter Nowak Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Ch. Links-Verlag, Berlin 2004, 207 Seiten, brosch. 14,90 Euro, ISBN: 3-86153-316-2**

Die Kinobranche gerät ins Trudeln

Kinounternehmen verlangen massive materielle Einbußen von den Beschäftigten

Die Kinobranche scheint vom Erfolgskurs des Jahres 2001 abgedreht zu sein. Konnte man 2001 noch 178 Millionen Zuschauer begrüßen, fanden 2003 nur noch 149 Millionen Zuschauer den Weg in die deutschen Kinos. Das hat sicher verschiedene Ursachen. Erwähnt seien hier fünf Faktoren:

Erstens haben die Leute nicht mehr genug Geld in den Taschen, um häufiger ins Kino zu gehen. Zweitens: Die Anzahl der Leinwände entspricht nicht mehr der Marktlage – zuviel Abspielmöglichkeiten für zu wenig Zuschauer. Drittens: Möglicherweise bewegt sich die Qualität des Filmangebots nach unten. Die mangelnde Entwicklung der Zuschaukunst (im Sinne B.Brechts) verhindert, dass sich ein Massenpublikum dem Kulturgut „Filmkunst“ zuwendet. Die Großen der Filmindustrie betrachten den Film fast ausschließlich als Wirtschaftsgut. Gesellschaftlich relevante Aussagen finden meist nur zufällig Eingang in das Produkt Film. Trotzdem ist es erstaunlich, dass immer wieder auch „Qualitätsfilme“ ihr Publikum finden. Viertens wird das Management der Branche den Anforderungen der Krisensituation nicht gerecht. Die Folgen für die Tarife, für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und für den Service in den Kinos sind teilweise fatal. Und schließlich fünftens: Die Konkurrenz durch DVD und Raubkopie-



Wenn das Kino dicht bleibt, brauchen Zuschauer Informationen

rium macht die Situation insgesamt nicht leichter.

So dreht sich das Krisenkarussell immer schneller. Nach der Hamburger CinemaxX AG ist nun auch der deutsche Marktführer Kieft & Kieft (Cinestar, Ufa) ins Trudeln geraten. Der Unterhal-

Streiks mit viel Zivilcourage

tungsriese Amalgamated Holdings Limited (AHL) wird sich aus Deutschland zurückziehen und einen Teil der Kinos verkaufen.

Die Tarifsituation für die Kinounternehmen CinemaxX und Neue Filmpalast/UFA ist bisher

unbefriedigend. Beide Unternehmen sind aus dem Tarifverband ardi ausgetreten. ver.di hatte sie deshalb zu Firmentarifverhandlungen aufgefordert. „Nach jeweils drei ergebnislosen Verhandlungen sind jetzt zur Fortsetzung der Verhandlung und zur Durchsetzung unserer Forderungen Arbeitskämpfe notwendig. Bei CinemaxX wurden diese bereits in den letzten Monaten durchgeführt. Beim Neuen Filmpalast können wir nach Mobilisierungsarbeit nun auch zu Arbeitskämpfmaßnahmen aufrufen“, meint ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

Die Geschäftsführung der CinemaxX AG verlangt von den Beschäftigten massive materielle

Einbußen. Seit Februar wird eine Absenkung der Mindestlöhne für Neueinstellungen praktiziert, im Entgeltbereich will man Nullrunden für 2004/05.

Während der vergangenen Monate stand ich als zuständiger Sekretär der Landesbezirks Berlin-Brandenburg häufig vor der Aufgabe, Warnstreiks in den CinemaxX-Kinos zu organisieren. Im CinemaxX Colosseum streikten die Kolleginnen und Kollegen bisher sieben Mal. Am Potsdamer Platz gab es am 22. Mai einen Warnstreik. Ein Großteil der Beschäftigten setzte damit mehr als deutliche Zeichen. Ich zolle den Kolleginnen und Kollegen meine Hochachtung, die Zivilcourage aufzubringen und die Hemmschwellen und Ängste zu überwinden, die ein Streik mit sich bringt. Die CinemaxX-Beschäftigten in Berlin unterstützen sie jetzt auch gegenseitig. Sie hoffen natürlich, dass sich ihre Bemühungen bald in zufriedenstellenden Verhandlungsergebnissen niederschlagen.

Nach Gesprächen mit den Arbeitnehmern der Kino-Kette Neue Filmpalast können wir in Berlin und Brandenburg davon ausgehen, dass auch hier beträchtliches Streikpotential vorhanden ist. Die Vorbereitungen sind bereits angelaufen.

Dietrich Peters

Weitere Informationen zur Tarifsituation stehen auf den ver.di-Seiten (Kino-Netzwerk) im Internet.

Fortsetzung von Seite 1; Carrousel Theater...

Dass es bei dem Gerangel um Kinder geht und um eine politische Entscheidung, daran mussten die Beschäftigten des Carrousel die bei einer ver.di-Diskussionsveranstaltung am 9. Juni im Haus versammelte Politikerriege von SPD, PDS, Grünen und CDU erst erinnern. Bis dahin hatten die Gäste meist wohlmeinende, aber nicht immer handfeste Statements abgegeben oder – wie der SDP-Abgeordnete Ralf Hillenberg in offener Unkenntnis – gar weitere Kompromisse von den Beschäftigten gefordert. Im Ver-

lauf der Debatte, in die Schauspielerinnen, Bühnentechniker und Intendant eingriffen, gestanden dann sogar hartgesottene Haushälter zu, dass hier „politisches Handeln zum Büttel der Finanzen“ zu verkommen drohe. Einig schienen sich die Abgeordneten darin, dass „Prioritäten gesetzt“ werden müssen, dass eine Entschuldung Voraussetzung für eine gedeihliche Weiterentwicklung des Carrousel sei und dass, nach Vorlage des vom Kultursekretariat zu erarbeitenden Konzepts für die Weiterentwicklung der Bühne, eine Finanzierungslösung gesucht werden solle. Nicht alle

ließen sich überzeugen, dass das Carrousel nur als eigenständige Bühne einen Sinn mache. Doch, so Organisatorin und Moderatorin Sabine Schöneburg von ver.di, habe die Debatte die Chancen erhöht, Entscheidungen möglichst noch vor der Sommerpause einzuleiten. Es gehe um „ein grundsätzliches politisches Bekenntnis zum Erhalt des Theaters an der Parkaue und um die Entsperrung des Haushaltes für 2005“. Beides mache den Weg frei für die konzeptionelle Weiterentwicklung und die konstruktive Suche nach einem neuen Intendanten“.

neh

ANZEIGE

Radio. Machen. Lernen.

Ausbildung
Produktionsstudio
Rechner-Schnittplätze
Reportagetechnik
Sonderkonditionen für
Mitglieder!!! Mehr Info?

www.medienKonkret.de
NPR-Hörfunkzentrum

Kein Thema. Fast nirgends

Betriebsrätebefragung: Chancengleichheit bleibt Ausnahme

2500 Betriebsräte aus der Privatwirtschaft wurden 2004 vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut WSI in der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung zur Chancengleichheit im Betrieb befragt. Die Ergebnisse offenbaren Unrühmliches: Die meisten Unternehmen sind diesem Thema gegenüber abstinert. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Auch die Befragung von Betriebsräten zur Verwirklichung der Freiwilligen Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vom Juli 2001 förderte nichts Schöneres zutage als die vorhergehende der Arbeitgeber (siehe Sprachrohr 1/04). Weniger als 30 Prozent der Betriebsräte wussten

Papiertiger fehlen
die Zähne

von diesem Papier, und selbst dort, wo es bekannt ist, hat es nur in jedem fünften Betrieb irgendetwas ausgelöst. Aktivitäten gab es in ganzen 60 von 2477 befragten Unternehmen. Der Papiertiger entwickelt keinen Biss. „Wenn überhaupt“, konstatiert

In zähen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung erreichten Vertreter von ver.di und ntv-Belegschaft am 10. Mai die Unterzeichnung eines Sozialplans. Anlass war der im März beschlossene Umzug des Nachrichtensenders von der Hauptstadt nach Köln. Bis auf die Politik-, die Reise- und Magazin- sowie die Zuschauerredaktion sollen alle Abteilungen zum 1. September verlagert werden. Sie werden in das digitale Sendezentrum integriert, das RTL, Hauptgesellschaftler bei n-tv, am Rhein für zehn Millionen Euro baut.

Rund 240 Berliner Beschäftigte verlieren durch Beendigungs- oder Änderungskündigung ihren Arbeitsplatz in Berlin. Während es für 89 keine Arbeitsplätze mehr geben soll, erhielten bisher 120 ein Angebot für Köln. Aufgebrachte Mitarbeiter drangen darauf, den

WSI-Wissenschaftlerin Dr. Christina Klenner, „wurde Chancengleichheit vom Betriebsrat thematisiert, oft zusammen mit Kolleginnen und Kollegen.“ Bleibt die Verantwortung dort kleben?

Zum Teil schon, bestätigt Sigrid Huschke, Betriebsratsvorsitzende der Anfang der 90er Jahre gegründeten LASA Brandenburg GmbH, einer der wenigen „Leuchttürme“ aus der Befragung. Zwar ist die Landesagentur für Struktur und Arbeit mit 76 Prozent weiblichen Beschäftigten nahezu ein Frauenbetrieb, aber der Geschäftsführer und drei von vier Bereichsdirektoren sind Männer. Nicht einmal zwei Prozent der Betriebe interessieren sich für die Geschlechterverteilung auf den Hierarchiestufen, konstatiert der DGB.

Pläne für Personalentwicklung und Qualifizierung, die Defizite beseitigt, seien auch bei der LASA erst auf Initiative des Betriebsrates entstanden, bestätigt Huschke. Aber die Betriebsrätin spricht genauso von intensiver Kommunikation mit der Geschäftsführung. So gäbe es flexible Arbeitszeiten mit einem täglichen Zeitkorridor, der es ermöglicht, individuelle Verpflichtungen mit betrieblichen zu verbinden. Mehrmals wurde dieses Modell Arbeitsspitzen und not-

wendiger Kapazitätsauslastung angepasst. „Das erfordert ein hohes Maß gegenseitigen Vertrauens.“

Gabriele Schaffran-Deutschmann ist über ein Vierteljahrhundert bei Schering Berlin-Wedding als Betriebsrätin aktiv. Das Unternehmen mit 40 Prozent Frauenanteil

Nach Verkürzung
abgehakt

hat seit 1992 ein Grundsatzreferat Chancengleichheit und eine Betriebsvereinbarung zu Beruf und Familie. „Schon damals setzten wir durch, dass der Anteil von Frauen bei Entwicklungsseminaren für Führungskräfte erhöht wird – jetzt beträgt er ein Drittel.“ Dabei schnitten Frauen in der Regel besser ab. Doch erst mal – dämpft die Betriebsrätin Erwartungen – gälte es die mittlere Führungsebene zu stärken, um daraus bei der Besetzung höchster Positionen auf Frauen zurückgreifen zu können. Angesichts guter Erfahrungen mit der Arbeitszeitflexibilisierung plädiert Schaffran-Deutschmann für ein Umdenken in der Führungsebene. „Denn sobald für Kolleginnen oder Kollegen eine Verkürzung ausgesprochen wur-

de, macht es klick, und sie werden abgehakt. So, als sei vorübergehende Arbeitszeitreduzierung mit verringertem beruflichen Engagement gleichzusetzen.“ Einen wahren Grund sieht die Betriebsrätin darin, dass es für Chefs unpraktisch ist, nicht ständig auf die Beschäftigten zugreifen zu können. Modellversuche sollen Erfahrungen mit verkürzter Arbeit und Eignung für Führungstätigkeit sammeln. Vielen, bestätigt Schaffran-Deutschmann auch, sei aber die Familie wichtiger als der Run auf hohe Positionen. Erschwerend wirke ein durch Verdichtung der Arbeit kaum auszuhaltender, auf Männern wie Frauen gleichermaßen lastender Druck.

Wohl will ein entstehendes Betriebsrätenetzwerk über Gewerkschaftsgrenzen hinweg den Blick weiten helfen, gibt es ein neues DGB-Handbuch zu Gleichstellungsproblemen. Das alles jedoch reicht nicht. Deutschland, das längst verpflichtet ist, EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung durchzusetzen, braucht das auf Eis liegende Gleichstellungsgesetz, fordert DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer erneut. Wenn sich nichts bewegt, erwägt der DGB das Verbandsklagerecht. „Es kann nicht mehr hingenommen werden,“ so Engelen-Kefer nach dieser Befragung, „dass Gleichstellungspolitik in den Betrieben nur im Ansatz existiert.“

Bettina Erdmann

www.boeckler.de/pdf/wsi_br_befragung_2003

Pferdefuß bei n-tv

Trotz zähen Ringens unsozialer Sozialplan

Umzug sozialverträglich abzuschließen. Der Sozialplan sieht vor, dass alle, deren Arbeitsverhältnis zum 31. August endet, eine Ab-

Nur zwei Wochen für
die Lebensplanung

findung von 0,7 Bruttomonatsgehältern pro Beschäftigungsjahr erhalten. Wer nach Köln mitgeht, bekommt Umzugshilfen von 7500 Euro. Allerdings bleiben den Betroffenen nur 14 Tage, sich zu entscheiden – sonst gilt das Angebot als abgelehnt.

Obwohl positiv bewertet wird, dass überhaupt eine Einigung gefunden wurde, sind die Verhandlungsführer von ver.di und Betriebsrat nicht wirklich zufrieden. Kritik wird vor allem an der Höhe der Summe für den Sozialplan geübt. Diese sei von Anfang an viel zu gering kalkuliert. Genaue Zahlen wollen die Belegschaftsvertreter jedoch nicht nennen, um das Erreichte nicht zu gefährden. Der für elektronische Medien zuständige Gewerkschaftssekretär Dietrich Peters jedenfalls ist sauer: Es sei unerträglich, wie die Beschäftigten abgespeist würden. Die Gewerkschaft habe als

Abfindung 1,5 Bruttomonatsgehälter pro Beschäftigungsjahr gefordert. „Geld dafür ist genug da“, sagt er. Aber statt sich zuerst der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern zu stellen, feiere man sich selbst und steigere die Dividenden. Peters nennt es „eine Schweinerei“, dass Leute, die eine Änderungskündigung ablehnen, weil sie familiär an Berlin gebunden sind, nur 40 Prozent der Abfindungssumme erhalten.

Noch einen Pferdefuß hat die Geschäftsleitung eingebaut: Sollte ein Arbeitnehmer innerhalb von sechs Monaten eine vergleichbare Beschäftigung bei einem zur RTL-Gruppe oder Bertelsmann AG gehörigen Unternehmen finden, muss die Abfindung gestaffelt zurückgezahlt werden. Am Ende heißt es: Wie gewonnen, so zerronnen. **ucb**

Bankenskandal und keine Moral

Podiumsdiskussion im Gorki-Theater-Saal

Das Maxim Gorki Theater und die „tageszeitung“ luden nach einer Aufführung des „Bankenstücks“ zur Diskussion über „Management, Markt und Moral“ und fragten: „Wer setzt wem die Grenzen?“. Berlin hat 56,9 Milliarden Euro Schulden und zahlt täglich 6,3 Millionen Zinsen. Da lohnt die ganze Spardiskussion um Kita-Schließungen eigentlich gar nicht. Effektiver wäre es, die tropfenden Geldhähne abzudichten und die verlorenen Gelder zurückzuholen. Die Milliarden haben sich nicht in Luft aufgelöst, sie sind nur woanders. Ein Teil

**Täglich 6,3 Millionen
Zinsen zahlt Berlin**

floss über die 1994 gegründete Bank Gesellschaft Berlin ab. Die Kontrollinstanzen versagten, die Aufklärung wird verschleppt, weitere Gelder versickern.

Warum steht das Volk nicht längst gegen seine Plünderer auf? Das mag sich auch der Bühnenautor Lutz Hübner gefragt haben. Er verfasste im Auftrag des Gorki-Intendanten Volker Hesse, der dann auch inszenierte, das „Bankenstück: Das Geld, die Stadt und die Wut“.

Es zeigt einen Volksaufstand im Jahr 2006. „Bestrafung aller Verantwortlichen des Berliner Bankenskandals“ fordern die Rebellen. Ein Frauentrio lenkt ein faires Tribunal. Doch die Linken sind zerstritten. So trifft der erste Farbbeutel die schöne Volksrichterin. Der Prozess entgleitet. Die NATO greift ein. Es kommt zum Happy End, nicht für die Bürgerbewegung, aber für die Wendehäule.

Es geht also zu wie im echten Leben. Wer so gut bluffen kann, dass er selbst dran glaubt, kann schaden, veruntreuen, sich und seine Seilschaften bereichern, muss sich nie wirklich verantworten und gewinnt am Ende. Ernsthafte Gutmenschen kommen schwer dagegen an. Womöglich könnten sie mit Frechheit und Witz die

Nieten in Nadelstreifen vom Sockel holen?

Protestkultur wurde auch in der Diskussion vom 8. Mai angesprochen. Auf dem Podium saßen: Lutz Hübner (Autor des Bankenstücks), Prof. Dr. Peter Grottian (Politologe FU Berlin, Initiative Berliner Bankenskandal), Sascha Kimpel (attac, Berliner Sozialbündnis), Frank Zimmermann (SPD, MdB, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses Bankgesellschaft). Adrienne Woltersdorf, die Berlin-Chefin der taz, moderierte. Sie wollte als erstes wissen, ob die „Straße ein Ort“ sei, um Probleme „konstruktiv“ zu lösen. Peter Grottian meinte, die Politik verweigere sich, „nicht mal im Hauptausschuss“ gäbe es Debatten. Daher brauche Deutschland „Sozialproteste neuen Typs“, denn „außer beim Grunewald-Spaziergang“ (der Initiative Bankenskandal am 7. September 2002), sei es nicht gelungen „die Wut der Leute zu mobilisieren“.

Er warf Frank Zimmermann vor: „Sie stellen sich dem eigentlichen Problem des Krebsgeschwürs Bankengesellschaft nicht!“. Auch die Moderatorin mutmaßte, der Bankenskandal gehe weiter. Doch der SPD-Mann konterte. „Die extreme Haushaltsnotlage“ habe „mit dem Bankenskandal nichts zu tun.“ 2002 und 2003 sei „trotz Risiko-Abschirmung kein Geld in die Bank geflossen“. Die Vorstände der Bankgesellschaft seien „alle ausgewechselt“. Also werde nicht

**Warum werden
Plünderer nicht bestraft?**

„weitergemacht wie vor fünf Jahren“. Womöglich „noch raffinierter“ argwöhnte ein Zwischenrufer. Dass dieses Jahr 155 Millionen, nächstes Jahr 435 Millionen und bis 2030 rund sechs Milliarden fließen werden, blieb unerwähnt. Auch die unrühmliche Rolle der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat blieb außen vor. Im Lauf des Abends kamen viele Vor-

Foto: Matthias Horn



Drastisch nur auf der Bühne: Das Bankenstück.

schläge zur Berliner Politik. Sascha Kimpel verlangte z.B. eine Rücknahme der Privatisierungspolitik. Arno Paulus forderte ein Zinsmoratorium. Peter Grottian warb für eine Berliner Notsteuer, die nur Wohlhabende zahlen müssen. Die Grünen empfehlen einen Ehrenkodex für öffentliche Unternehmen.

Am Schluss wollte die Moderatorin noch ergründen, wann und wie manchem auf dem Weg nach

oben die Moral verloren geht. Sie fragte: „Herr Zimmermann, ticken Sie noch ganz richtig, seit Sie Macht haben?“. Doch für Zivilisations-Philosophie fehlte diesem die feine Antenne. Innerlich die Partei-Soldaten-Hacken zusammenschlagend, gelobte er fürderhin „Machtmissbrauch zu verhindern“. So richtig mächtig fühlt er sich auch nicht als Ausschuss-Vorsitzender.

Antje Grabenhorst

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse

Tricontinental mit Plakaten aus Kuba

Sehenswerte Schweizer Ausstellung nur noch diese Woche in der Medien Galerie

Plakate beschreiben zu wollen ist Unsinn und verbietet sich von selbst. Plakate muss man sehen. Und das vor allem bei guten Plakaten wie jenen, von denen hier die Rede sein soll. Sie hängen zur Zeit in der Medien Galerie; zu danken ist dies der passionierten Sammel Leidenschaft unseres Schweizer Kollegen Richard Frick.

Aus seinem reichen Fundus hat er für diese Ausstellung kubanische Plakate ausgewählt. Als er 1974 das erste Stück von der Insel bekam, begann er sie zu sammeln und stieß dabei auf „Tricontinental“. Der Name steht für eine Zeitschrift und einen Verlag mit einer besonderen Entstehungsgeschichte. 1966 gründete sich auf einem Kongress in Havanna, auf dem 82 Länder vertreten waren, die Nichtregierungs-Organisation der Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas OSPAAAL. Sie widmet ihre Aktivitäten den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Einer der vitalsten Werte der kubanischen Revolution ist ihr Internationalismus. Dieses selbst arme, von den USA seit Jahrzehnten gebeutelte Land schickte Ärzte, Militär, Lehrer und Pflegepersonal nach Angola, Nicaragua, Äthiopien, Vietnam... Überall dorthin wurde auch mit einer Auflage von 50 000 Exemplaren die Zeitschrift Tricontinental verschickt – jeder lag ein gefaltetes Plakat bei! Die Plakat-Gestalter haben einen eigenständigen Stil in einer klaren grafischen



Foto: transit

Bei der Vernissage: Frick, Kern (comedia) und Lindemann (ver.di)

Sprache entwickelt; sie wollten auch von Menschen verstanden werden, die des Lesens unkundig waren. Eine ganze Serie (wie aktuell!) war schon damals der Solidarität mit Palästina gewidmet.

Was geschah in Kongo, Chile, Vietnam?

Für die Wirkung der OSPAAAL-Plakate spricht, dass von der CIA Fälschungen verbreitet wurden, um die Solidarität zu diskreditieren. Beeindruckt von der neuen kubanischen Plakatkunst, brachte dagegen bereits 1970 die nord-

amerikanische Publizistin Susan Sonntag mit Dugald Stermer ein Buch darüber mit 96 farbigen Abbildungen heraus. Einige der rund 330 Tricontinental-Plakate hängen jetzt in der Dudenstraße.

Das Interesse des Leihgebers Richard Frick nährt sich aus seinem Beruf als Lehrer für Typographie. Doch stieß er dabei auch zunehmend auf den Mangel, dass junge Leute nichts mehr von den Unabhängigkeitsbewegungen wissen – was geschah denn damals in Kongo, in Vietnam, in Guatemala, in Chile? Als Gewerkschafter will er Kenntnisse vermitteln, und mit Unterstützung der Mediengewerkschaft comedia,

besonders ihres Sekretärs Hans Kern, hat er einen mehrsprachigen prachtvollen Band mit den Plakaten und ihrer Geschichte herausgebracht (zu haben bei der Büchergilde Gutenberg).

Neben den Solidaritätsplakaten sind solche zu Filmen und zum Alltagsleben ausgestellt. Die zehn Filmplakate unterscheiden sich augenscheinlich von denen hierzulande. Das nach der Revolution gegründete Filminstitut ICAIC hatte verfügt, dass die Plakate künftig im eigenen Land entworfen und gedruckt werden sollten. Das gelang so eindrucksvoll, dass wichtige internationale Preise eingesammelt werden konnten.

Nun doch der untaugliche Versuch, ein Straßenplakat zu beschreiben. Wozu erwähnt werden muss, dass es die verbreitete kubanische Mentalität gibt, bei billigsten Strompreisen außerhalb von Stromsperrern gedankenlos das Licht brennen zu lassen. Das Plakat: Auf dunkelblauem Grund in Signalfarbe das schlichte Wort Klick. Klein am unteren Rand: Energie sparen heißt Erdöl sparen.

Diese Ausstellung bietet mit ihrem bescheidenen Ausschnitt auch im galeriereichen Berlin für an grafischer Kunst Interessierte etwas Besonderes.

Annemarie Görne

Medien Galerie, Dudenstraße 10 (U6 Platz d. Luftbrücke), bis zum 25. Juni 2004.

Ab 10. August bis 17. September: „Gewerkschaft und Krieg“. Zur Haltung der deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg.

Studenten verheizt

FU-Studiengang Publizistik blutet aus

Das Studienangebot Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Freien Universität – bislang in seiner Vielfalt bundesweit einmalig – ist in ernster Gefahr. Auf Grund von Sparbeschlüssen wurden im vergangenen Herbst die Professorenstellen von zehn auf acht gekürzt. Da danach ein Lehrstuhlhaber verstarb, zwei in Pension gingen und

einer wegen eines Herzinfarkts ein Semester lang ausfiel, ist keine ausreichende Betreuung für die rund 2000 Studenten im Hauptfach mehr gesichert. „Auf einen Professor kommen 400 Studenten“, beklagt die dju-Hochschulgruppe. Die ver.di-Mitglieder unter den Studierenden kritisieren mangelnde Transparenz. So haben dem Vernehmen nach ab Herbst

drei der verbliebenen Professoren ein Forschungsfreiemester beantragt. „Wenn die genehmigt werden, wird die Lage chaotisch“. Die mehr als 100 Neuimmatrikulierten würden regelrecht „verheizt“, da sie nicht betreut werden könnten. Bereits 2003 hatte der Institutsrat die Schließung des Studiengangs beantragt, da der Fürsorgepflicht gegenüber den Studenten nicht nachgekommen werden könne. Das Präsidium hatte das abgelehnt.

Die chronische Unterfinanzierung müsse beendet, offene Stellen neu besetzt und den Studen-

ten so eine Abschlussperspektive eröffnet werden, fordert die dju-Hochschulgruppe. Das sei um so nötiger, da bereits ein Bachelor-Studiengang eröffnet wurde und die Fachrichtung bundesweit

Offene Stellen umgehend besetzen

boome. Auch in Berlin gibt es mehrere Angebote. Die Humboldt-Universität hat ein Studienfach Medienwissenschaften gerade neu eingeführt. **neh**

Der Name ist Programm: Unter dem Titel „20 Cent“ startete am 10. Mai in der Lausitz Deutschlands billigste Tageszeitung, die junge Leser zwischen 14 und 39 Jahren ansprechen will. So wie das Blatt heißt, so viel kostet es. Der Name verweist aber auch auf die Aufbereitung der Inhalte, die sich an einer durchschnittlichen Textlänge von etwa 20 Zeilen orientiert.

Verlegt wird das Blatt von der Lausitzer VerlagsService GmbH, die ebenso wie die Lausitzer Rundschau dem Holtzbrinck-Konzern angehört. Durchgehend vierfarbig kommt „20 Cent“ im handlichen halbrheinischen Format daher. An allen Werktagen erscheint die Zeitung mit einer Druckauflage von zunächst 20.000 Exemplaren und einem Umfang von 32 Seiten nun im Verbreitungsgebiet der Lausitzer Rundschau. Das neue Produkt soll eine Ergänzung des regionalen Flaggships sein.

In der allgegenwärtigen Zeitungskrise – gekennzeichnet durch Anzeigenrückgang, Leserschwund und sinkende Auflagen – versuchen sich die Verlage an einem neuen Zeitungstyp. Dieser wendet sich an junge Leser und kostet weniger als eine normale Zeitung. Mit knappen, aber dennoch seriösen Inhalten sollen aus Nicht-Lesern Leser werden. Michael Grabner, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Verlagsgruppe Holtzbrinck und Herausgeber von „20 Cent“: „Wir wollen aktiv neue Zielgruppen ansprechen. Es bringt nichts, zu beklagen, dass junge Menschen zu wenig lesen, wir müssen testen, ob wir sie mit einem neuen Produkt besser erreichen können“. Marion Bleß, Geschäftsführerin der Lausitzer VerlagsService GmbH, führt die Idee weiter aus: „Wir gehen davon aus, dass sich

Aus Nicht-Lesern
Leser machen

im Zeitalter der elektronischen Medien das Mediennutzungsverhalten junger Menschen geändert hat. Sie haben sich von den klassischen Zeitungen entfernt und stellen andere Anforderungen.“

Junge Menschen wünschten sich demnach kurze Texte, die schnell auf den Punkt kommen. Gern würden sie interaktiv dabei sein und per sms, Telefon oder Internet mitmachen.

„20 Cent“ für Holtzbrinck

In der Lausitz erscheint Zeitung zum Discountpreis



Die Ausrichtung auf die Zielgruppe spiegelt sich in der Aufmachung. „Von der Optik her hat auch die Druckausgabe eine gewisse Internetanmutung. Wir wollen, dass Leute, die gern die neuen Medien nutzen, das in der Printausgabe wieder finden“, erläutert Bleß. Letztlich würden Zeitung und der Internetauftritt von „20 Cent“ ein Paket bilden.

Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, macht diesen Job zunächst auch bei „20 Cent“. Er glaubt, dass junge Leser mit Informationen über Internet, Mobiltelefone und Singlebörsen zu gewinnen sind. Außerdem regelmäßig dabei: die Themen Karriere, Trend, Sport und Partys. Viel Regionales findet sich, ein umfangreiches Fernsehprogramm. Dennoch ist das Blatt kein reiner Spaß, auch Politik und Wirtschaft finden Platz, eine Boulevardzeitung soll es nicht sein.

„20 Cent“ wird von einer eigenen Mannschaft produziert. „Die 14-köpfige Redaktion ist ebenso wie die Zielgruppe sehr jung. Sie besteht sowohl aus festen als auch aus freien Mitarbeitern“, beschreibt Bleß die Truppe. Meist sind es ehemalige Volontäre der Lausitzer Rundschau, die in dem neuen Produkt angesichts der Branchensituation eine Alternative zur Arbeitslosigkeit sehen. Andreas Köhn, stellv. Landesleiter

von ver.di Berlin-Brandenburg, sieht die Beschäftigungssituation allerdings kritisch: „Der neue abgeschlossene Haustarif des Mutterhauses gilt nicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ‚20 Cent‘. Es sei zu befürchten, dass für die Neuerscheinung

Dumpinggehälter
zu befürchten

Dumpinggehälter und –honorare gezahlt werden, die auf Dauer der Qualität abträglich seien. Auch die Prognose der Geschäftsführung, mit dem neuen Blatt in drei Jahren den wirtschaftlichen Break-Even erreicht zu haben, sieht Köhn deshalb skeptisch.

Weil die Jungredakteure der gleichen Altersgruppe angehören wie ihre Zielgruppe, ist Chefredakteur Herbst dagegen überzeugt, dass sie den richtigen Ton treffen werden. Um kostendeckend zu arbeiten, produziere man sehr günstig und nutze Synergien zur Rundschau. Mit der Wahl des halbrheinischen Formats greift Holtzbrinck zudem einen europäischen Trend auf: In England, Belgien und anderen Ländern setzen immer mehr Zeitungen auf handlichere Produkte. In Großbritannien hat dies den

Markt völlig umgekrempelt, allen voran der traditionsreiche „Independent“, der seine Auflage erheblich steigern konnte.

Tatsächlich startete „20 Cent“ viel versprechend, die Zeitung kommt an. „Unsere Erwartungen wurden bisher voll und ganz erfüllt. In der ersten Woche gab es sogar einen richtigen Run, da war die Zeitung an einigen Kiosken ausverkauft“, freut sich Bleß.

So etwas erschreckt die Konkurrenz. Die Reaktion des Springer-Verlags zeigt, wie ernst man die neue Zeitung nimmt: Seit Wochen macht „Bild“ in Cottbus mit Promotion-Ständen und Stumm Verkäufern mobil. Künftig soll das Blatt in der Region Cottbus im Abonnement angeboten werden. Bild-Sprecher Tobias Fröhlich: „Wenn jemand in unser Marktsegment eindringt, dann reagieren wir darauf und verstärken unsere Maßnahmen“.

Schon kursiert das Wort vom Cottbuser Zeitungskrieg. Bürgermeisterin Karin Rätzel sieht das positiv. „20 Cent“ sei eine „mutige verlegerische Entscheidung, die die publizistische Vielfalt in der Stadt und in der ganzen Lausitz erhöhe.“

Auch in Berlin zieht Springer nach: Am 24. Mai kam mit der „WELT kompakt“ ein Blatt verschweis auf den Markt, das zumindest in Format, Umfang und Aufmachung „20 Cent“ verdächtig ähnelt. **Ute C. Bauer**

ENDLICH :

Ein Abschluss

Am 28. April wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen ver.di und der Lausitzer Rundschau Medienverlags GmbH in Cottbus ein Haustarifvertrag abgeschlossen. Er legt fest, dass für die Beschäftigten die derzeit in Brandenburg gültigen Flächentarifverträge für Redakteure an Tageszeitungen und Verlagsangestellte gelten. Eine Kündigung der Haustarifregelung ist frühestens zum 31. Dezember 2005 möglich. **red.**

Am 15. Juli wird groß gefeiert. Zu Karl Richters 100. Geburtstag laden ver.di, die SPD und ihre AG 60 plus zum Empfang. ver.di-Chef Frank Bsirske, SPD-Vorsitzender Franz Müntefering und andere sprechen. Runde Jahrhundert-Geburtstage sind ohnehin ein seltenes Ereignis. Dass Jubilare dazu nicht nur Glückwünsche entgegennehmen, sondern sich wie eh und je selbst ins Geschehen einlinken und als 100-Jährige am Gewerkschaftsleben wie in ihrer Partei aktiv mitmischen, ist noch weniger alltäglich. Bei Karl Richter ist es der Fall.

Der 1904 Geborene war bereits in frühen Jahren Mitglied der Arbeiterjugendbewegung. Deren Ideen und Wünsche nach einem freieren, selbst bestimmten Leben haben ihn stark geprägt. Gemeinsame Aktivitäten wie Wandern, das Lesen und Diskutieren von Literatur, Musizieren und Singen, Interesse für das aktuelle Geschehen prägten seinen Alltag. 1920 setzte Karl Richter zusammen mit anderen Buchdrucker-Lehrlingen mit einem Streik durch, dass der Unterricht in der Berufsschule als Arbeitszeit gewertet wurde. Außerdem erstritten sie im selben Jahr das Recht, sich als Lehrlinge im Verband der Deutschen Buchdrucker zu organisieren. 1920 trat Karl auch in die SPD ein.

Karl Richter war noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten Mitglied der Eisernen Front und in einer Widerstandsgruppe aktiv. Unter den Nazis zeitweilig entlassen, wurde er zu Beginn des Krieges für fünfzehn Monate in ein Baubataillon der Wehrmacht gezwungen. Aus der Kriegsgefangenschaft kehrte Karl Richter nach Berlin zurück und engagierte sich wieder in seiner Gewerkschaft und in der SPD. Er kämpfte darum, dass das Verbandshaus der Buchdrucker der sich neugründenden Druckergewerkschaft zurückgegeben wurde. Als Mitbegründer der Unabhängigen Gewerkschaftsopposition (UGO) setzte er



1983



Der Jubilar ist seit 84 Jahren Mitglied in der Gewerkschaft

Hoch soll er leben: Karl Richter wird 100



2003

Bücher: „Am 29.8.1924, anbandes, haben die Gewerkschaftskollegen drucker die Büchergilde Gutenberg ins Le Gewerkschaften geht heute die Aufforderung es um die Förderung der Literatur in ihre stärker zu engagieren. Für die Büchergilde Verpflichtung, bei der Riesenflut von Bü treten.“
(Aus Karl Richters Schrift zu 70 Jahre Büchergilde)



2000

Kultur: „Ich denke an die eindrucksvollen und bewegenden Aufführungen der Freien Volksbühne ... wo wir erkannten, welche wichtige Rolle das Theater zur Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft spielt. ... Ebenso wie die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften wuchs die Volksbühnenbewegung aus den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft.“
(Aus Karl Richters Vortrag im Theater der Volksbühne im Dezember 1983)

mit anderen gemeinsam durch, dass diese 1950 als Westberliner Sektion in die IG Druck und Papier aufgenommen wurde.

Karl Richter bestimmte in den 50er und 60er Jahren neun Jahre lang als zweiter und zwölf Jahre als erster Landesvorsitzender die Geschicke und politischen Entscheidungen der IG Druck und Papier mit. Die Liste seiner Ehrenämter ist so lang, dass sie nicht vollständig wiedergegeben werden kann. Mehr als zwanzig Jahre war Karl als ehrenamtlicher Landesarbeits- und -sozialrichter tätig, ebenso lange im Vorstand der AOK, im Prüfungsausschuss für Tiefdrucker oder im Schiedsausschuss beim Senator für Arbeit und Soziales.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben setzte er sich längst nicht zur Ruhe. Karl



100ER JAHRE



1960



1922



2000

Ein politischer Kopf und ein Mann der Tat

Ein Grußwort für einen 100-Jährigen ist geradezu zwangsläufig eine Würdigung aus dem Blickwinkel nachfolgender Generationen – eine Sicht auf Lebensstationen und -leistungen, die ich als Gratulierender kaum aus persönlichem Erleben kenne. So auch hier: Als Karl Richter 1904 geboren wurde, befand sich das deutsche Kaiserreich auf Expansionskurs, war aber noch zehn Jahre von der Katastrophe des I. Weltkriegs entfernt. Reinickendorf, wo Karl aufgewachsen ist, lag vor den Toren Berlins. Die Gewerkschaften boomten mit der Industrialisierung und begannen das gesellschaftliche Leben mitzuprägen... Auch sechs Jahrzehnte später, als Karl Richter 1969 seine langjährige hauptamtliche Tätigkeit bei der damaligen IG Druck und Papier beendete, war ich selbst kaum geboren. Doch wenn sich für uns Jüngere die Gelegenheit ergibt, mit dem Blick auf eine Vita auch einen in die Ge-



2003

schichte des vergangenen Jahrhunderts zu werfen, sollten wir sie nutzen. Gerade für eine so große Organisation wie ver.di, die sich aus unterschiedlichen Traditionslinien entwickelt hat, ist Rückbesinnung zugleich zukunftsweisend.

Karl Richter war seit frühester Jugend ein politisch aktiver Mensch, er war und ist Gewerkschafter mit ganzem Herzen und ein Mann der Tat.

Karl lernte Buchdrucker und gehörte damit zu den gelernten Arbeitern im grafischen Gewerbe, die am schlechtesten entlohnt wurden. Ungerechtigkeit brachte den jungen Mann frühzeitig zur Gegen-

wehr. Die Gewerkschaft, der er sich anschloss, bedeutete für ihn, der früh den Vater verlor, aber auch Gemeinschaft, Geselligkeit, Kultur. Karl war dabei, als sich der Verband deutscher Buchdrucker mit Sonderbeiträgen der Mitglieder ein eigenes Verbandshaus schuf, das 1926 eröffnet wurde. Er musste sieben Jahre später miterleben, dass die Nazis die Macht übernahmen und auch dieses Haus in der Dudenstraße besetzten. Karl Richter leistete Widerstand gegen das Regime. Nach der Befreiung vom Faschismus hat er sich energisch für die Rückgabe des Gewerkschaftshauses an die rechtmäßigen Eigentümer eingesetzt. Zu den schönsten Erfolgen in Karls ereignisreichem Leben zählt vielleicht, dass dieses Baudenkmal zurückgewonnen und mit neuem Leben erfüllt werden konnte.

In den 1950er und 60er Jahren bestimmte Karl Richter als Landesvorsitzender die politischen Entscheidungen der (West-) IG Druck und Papier mit. Eine bewegte Zeit: Im Kampf um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz fand 1952 ein zweitägiger Zeitungsstreik statt. Ein politischer Streik, der leider erfolglos blieb. Tarifpolitisch dagegen feierte die Gewerkschaft in dieser Phase große Erfolge: Deutliche Lohnzuwächse und Arbeitszeitverkürzung zählen dazu, übrigens weitgehend ohne Arbeitskämpfe. Die IG Druck und Papier selbst war zu jener Zeit eine Organisation im Wandel. Die Berufsgruppe der Journalisten kam hinzu, ein Teil der Lithographen spaltete sich zeitweise ab. Eine stark berufsständige, konservativ geprägte Gewerkschaft entwickelte sich schrittweise und nicht ohne Widersprüche zu einer politischen und kämpferischen Gewerkschaft.

Daran hat Karl Richter einen unbestritten großen Anteil. Diese Erfahrungen haben ihn reifen und bestehen lassen. Doch Karl hat sich nie auf ein – noch so verdientes – Altenteil zurückgezogen. Er streitet noch heute mit Historikern um politische Bewertungen, meldet sich bei Veranstaltungen zu Wort und war zum 1. Mai auf der Straße. Menschen wie Karl verkörpern gelebte Geschichte. Dass er uns bis heute daran teilhaben lässt, sogar selbst als Dokumentarist mit gestochenen scharfer Handschrift, dafür danken wir ihm. Und für ein festes Stück Fundament von ver.di, dass er mit gefügt hat. Er lebe hoch!

Frank Werneke, stellv. ver.di-Bundesvorsitzender

Gesang: „Der Chor, schon 1879 ins Leben gerufen, sah es als kulturelle Aufgabe an, das Volks- und das Kunstlied und die Kollegialität zu pflegen. ... Damals fanden, wegen der langen Arbeitszeit, die Übungsstunden von 21 bis 23 Uhr statt. Immer ging es um ein lebendiges kulturelles Wirken der Alten-Barde-Runde, deren Mitglieder ja mit dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker aufgewachsen sind.“

(Aus Karl Richters Beitrag zur 2000. Sitzung der Alten-Barde-Runde am 13.10.93)

ft und in der SPD

!:
100

4, auf der Konferenz des Bildungsver-
legen des Verbandes der Deutschen Buch-
ns Leben gerufen. ... An die
orderung, sich im kulturellen Bereich, wo
ihren vielen Erscheinungsformen geht,
ergilde als Bildungseinrichtung bleibt die
n Büchern beratend in Erscheinung zu

hergilde Gutenberg, 1994)



Richter gründete in der SPD die Arbeitsgemeinschaft 60 plus, deren Vorsitzender er lange Jahre war, seit 1996 ist er ihr Ehrenvorsitzender. Und er nimmt bis auf den heutigen Tag aktiven Anteil an den Geschehnissen und Entwicklungen in seiner Gewerkschaft ver.di, speziell im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie.

Zu Karls 80jährigem Gewerkschaftsjubiläum im Jahre 2000 wurde der „Karl-Richter-Verein zur Förderung der Erforschung der Geschichte und Traditionen der Buchdrucker e.V.“ gegründet, dessen Ehrenvorsitzender er ebenfalls ist. Karl Richter ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und der höchsten Auszeichnung der IG Druck und Papier, der Loni-Mahlein-Medaille.

Die Veranstaltung zu seinem runden Geburtstag am 15. Juli 2004 beginnt um 11 Uhr im Rathaus Reinickendorf.

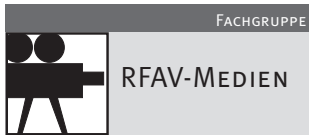


1998

Fotos: transit/Polentz/Privat

Das Klassenziel verfehlt?

rbb-Tarifverhandlungen auch im Mai ohne greifbares Ergebnis



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

Wieder hat der rbb das Klassenziel verfehlt: Zusammen mit Deutscher Welle, BR und Radio Bremen bildet der Sender nun eine Minderheit, die noch keinen Gehalts- bzw. Honorartarifvertrag abgeschlossen hat. Die anderen ARD-Sender, ZDF und Deutschland-Radio brachten am 19. Mai mit den Gewerkschaften individuelle Haustarifverträge unter Dach und Fach.

Ein Jahr nach Gründung des rbb und nach Auslaufen der Vergütungs-Tarifverträge haben sich die Hoffnungen auf höhere Gehälter und Honorare also erneut zerschlagen. Die Geschäftsleitung blieb bei der Blockadehaltung, die sie zuletzt bei den Verhandlungen am 6. Mai gezeigt hatte. Dort hatte die Intendanz einen Tarifabschluss 2003/2004 von mehreren Bedingungen abhängig gemacht: einer stärker leistungsbezogenen Vergütung, flexibleren Arbeitszeitregelungen und Eingriffen in die Altersversorgung.

Unklar blieb indes nach Worten von Hanne Daum, Personalratsvorsitzende Berlin, was die Chefetage unter „leistungsbezogenen Vergütungselementen“ versteht. „Das haben sie uns nicht erklärt“, sagt sie. Stattdessen habe es geheißen, dass zu einem modernen Unternehmen so etwas einfach dazu gehöre. Angesichts der gebetsmühlenartigen Forderung, alles solle „kostenneutral“ erfolgen, könne man sich beim Personalrat nur vorstellen, dass vom bewährten System der stufenweisen Steigerung nach Betriebszugehörigkeit abgerückt werden soll. Ebenso nebulös wirke der Ruf nach flexibleren Arbeitszeiten. „Im Rundfunk sind wir ohnehin äußerst flexibel“, sagt Daum. Die Geschäftsleitung wünsche erweiterte Dispositionen und Spielräume, ohne auszuführen, wie das im Detail aussehen soll.

Hauptstreitpunkt sei jedoch nach wie vor die Alterssicherung. „Um Kosten zu senken, will die Geschäftsleitung bestehende Tarifverträge ändern“, sagt Daum. Darauf wolle sich ver.di nicht einlassen: „Tarifverträge sind dafür da, dass man sie einhält.“ Außer-

dem habe sich die Gewerkschaft schon bewegt, als sie zugestanden habe, dass die so genannte Riester-Lücke von den Anstalten nicht mehr aufgefüllt werden muss. „Offenbar will man beim rbb die unterschiedlichen Ansprüche nach Herkunftsanstalt und Beschäftigungsdauer nutzen, um die Belegschaft zu spalten“, so die Personalratsvorsitzende weiter. Die überfällige Gehaltsangleichung für die Mitar-

Geschäftsführung
handelt nebulös

beiter mit ORB-Herkunft wolle man nur gewähren, wenn anderswo zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen gespart würde.

Für die Freien gehe es um erweiterten Bestandsschutz, Prognoseregelungen, Sperrzeiten, Rahmenverträge und soziale Absicherung. Dazu Daum: „Wir lassen uns nicht in Feste und Freie aufspalten.“ Bei den langjährig beschäftigten Freien wolle man endlich über ein Einfädeln in den Stellenplan reden. Für die anderen kämpfe man vor allem dar-

BR-WAHLEN

„Traumergebnis“ bei
Deutschlandradio

Die Anfang Mai durchgeführten Betriebsratswahlen beim Deutschlandradio und bei der Deutschen Welle zu den Örtlichen Berliner Personalräten brachten für die ver.di-Kandidaten sehr gute Ergebnisse. Beim Deutschlandradio bedankten sich die gewählten ver.di-Personalräte für ein „Traumergebnis“. Sie errangen mit 87,9 Prozent der Stimmen noch 4 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000 und verfügen damit weiterhin über acht Sitze im Personalrat Berlin. Ein Mandat errang der DJV.

Mit hoher Beteiligung von 75 Prozent der Beschäftigten wurde auch bei der Deutschen Welle in Berlin gewählt. Die ver.di-Liste errang mit 98 abgegebenen Stimmen erneut drei Mandate. Ebenso viele gingen an DJV und VRRF, die DJU stellt wiederum den Personalratsvorsitzenden. **red.**

um, die Praxis der Zwangspausen abzuschaffen.

Die Verhandlungen wurden nach Redaktionsschluss am 9. und 10. Juni fortgesetzt. **uch**

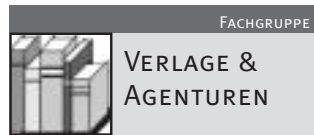
HAUSTARIF

Haustarif bei der MOZ

Das Kompromissergebnis der dritten Verhandlungsrunde um einen Haustarif für die Druck- und Verlagsbeschäftigten bei der Märkischen Oderzeitung (MOZ) wurde durch eine Abstimmung unter der Belegschaft bestätigt. Sechzig Prozent aller Beschäftigten beteiligten sich, eine Mehrheit sprach sich dafür aus. So wurde die Geltungsdauer des Firmentarifvertrages vom Juli 2002 bis zum 28. Februar 2005 verlängert. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 30. Juni 2005 ausgeschlossen. Die Bezahlung von Überstunden erst ab der 41. Wochenstunde wurde zu Gunsten der bisherigen Regelung ab 35. Wochenstunde zurückgenommen. **red.**

Verhandlungsvotum per Internet

Tarifverhandlungen in Buchverlagen und im Buchhandel werden fortgesetzt



FACHGRUPPE

VERLAGE &
AGENTUREN

Die Tarifverhandlungen für die Buchverlage und den Buchhandel in Berlin und Brandenburg sind bekanntlich ins Stocken geraten. Die ver.di-Tarifkommission bat die Beschäftigten um Meinungsäußerung und gestaltete dazu eine Umfrage auf einer eigens eingerichteten Internetseite (siehe Sprachrohr 2/04).

Beteiligung und Ergebnis unserer Umfrage zum weiteren Fortgang der Tarifverhandlungen bewertete die Tarifkommission als äußerst positiv. Über ein Drittel

aller 1400 an der Umfrage interessierten Kolleginnen und Kollegen (entspricht der Anzahl der Zugriffe auf die Webseite) haben mit abgestimmt!

Für die Wiederaufnahme der Verhandlungen haben 96,8 Prozent gestimmt. Gegen eine Erhöhung der tariflichen Wochenarbeitszeit sprachen sich 96,4 Prozent der Teilnehmer aus. Nach diesem eindeutigen Votum der abhängig Beschäftigten im Berliner und Brandenburger herstellenden und verbreitenden Buchhandel nahm die Tarifkommission die Verhandlungen am 3. Juni 2004 wieder auf. ver.di forderte eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent ab 1. Juli und die schrittweise tarifliche Arbeitszeitverkürzung für

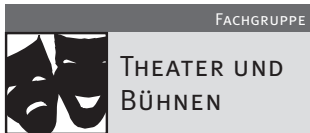
den Osten Berlins auf 38,5 Stunden bis 2007. Zur Entgeltförderung bezogen die Arbeitgeber keine Stellung. Obwohl die ver.di-Tarifkommission eine Öffnungsklausel für die Arbeitszeitregelung im Westteil anbot, ließ die Arbeitge-

Keine Erhöhung der
Wochenarbeitszeit

berseite die Verhandlungen erneut platzen. Eine Öffnungsklausel sei unzureichend, man bleibe beim Ziel der Arbeitszeitverlängerung und will weitere Verhandlungen bis August vertragen. **A.Kü.**
Neue Infos umgehend auf der Homepage <http://berlin.verdi-verlage.de>

Die Inszenierung ist abgesagt

Dem SCHAUSPIEL NEUKÖLLN wurden per Verwaltungsanordnung die Akteure gestrichen



FACHGRUPPE

THEATER UND
BÜHNEN

Es wäre die 15. Inszenierung des 2000 im Saalbau Berlin-Neukölln an der Karl-Marx-Straße gegründeten SCHAUSPIEL NEUKÖLLN gewesen – der Heimatkrimi des merkwürdigen Internetdetektivs Sorscht in einer Koproduktion mit Safran Films. Doch die für Juli avisierte Produktion musste abgesagt werden. Per Verwaltungsanordnung des Senats wurde den Schauspielern der Bühnenboden unter den Füßen förmlich weggezogen.

Die Aufführungen des SCHAUSPIEL NEUKÖLLN begannen sich gerade zu einer Erfolgsgeschichte für den jenseits aller Modetrends liegenden Berliner Bezirk zu mausern. Über 74 Prozent Besucher auslastung verzeichnete die letzte Produktion „No.14 GIERIG-Gefährliche Liebschaften“. Immer mehr Besucher kamen auch aus anderen Bezirken in die bereits 1876 gebaute neobarocke Spielstätte, um Adaptionen bekannter Filmvorlagen nach Truffaut, Kaurismäki, Melville, Polanski zu erleben. „Gesellschaftlich relevantes Gegenwartstheater in einem besonderen sozialen Umfeld“, nennt es Klaus Dieter Ryrko, seit 14 Jahren Leiter des Saalbaus. „Unser künstlerisches Filetstück.“

Dem wurde mit einer Verwaltungsanordnung des Berliner Finanzsenators im Zuge der Hartz-IV Reform zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab 2005 jetzt der Saft entzogen. In diesem besonderen Falle geht das so: Alle künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – meist Absolventen von Schauspielschulen und junge Leute mit bislang wenigen sporadischen Engagements – kamen über das Sozialamt und die „Hilfe zur Arbeit“ zu Verträgen und damit zur Neuköllner Bühne. Das brachte ihnen ca. 1.200 Euro brutto monatlich. Mit 59.000 Euro jährlichen Programmmitteln vom Bezirk war kein festes Ensemble zu beschäftigen.

Nach dem „haushaltswirtschaftlichen Rundschreiben“ der Senatsverwaltung vom 1.4.2004 schließt



Foto: SCHAUSPIEL NEUKÖLLN

NO.14 GIERIG-Gefährliche Liebschaften war die letzte Inszenierung.

das Neuköllner Amt nun keine neuen Verträge mehr mit künstlerischem Personal ab. „Alle Ausgaben für Leistungen über den 31.12.2004 hinaus sind uns verboten,“ begründet Sozialstadtrat Michael Büge (CDU) diesen Schnitt. Halbjahresverträge – eine Möglichkeit, die geplante Inszenierung zu retten – wiederum entsprächen nicht dem Ziel des Programms „Hilfe zur Arbeit“, das auf Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zielt. Zwar sieht Büge im Wegfall des SCHAUSPIEL NEUKÖLLN einen „erheblichen Verlust“ für den Bezirk, aber „uns sind die Hände gebunden“. Er habe „keine Regelungsmöglichkeiten“, auch keine besondere Veranlassung für eine Kontaktaufnahme mit seinem Amtsbruder für Kultur. Die Einschnitte betreffen viele Menschen und Bereiche. „Warum es keine Halbjahresverträge für künstlerisches Personal gibt; wurde uns nicht begründet,“ sagt

Ryrko, der bisher „einen ganz guten Draht“ zum Sozialamt hatte. Seiner Ansicht nach hat der Bezirk mit seinem Beschluss der Entscheidung von Senator Sarrazin noch einen „draufgesetzt“. Zudem sei schon in den Monaten zuvor der Abschluss neuer Verträge verschleppt worden.

SPRUNGBRETT NEUKÖLLN

Seit anderthalb Jahren ist beispielsweise Helge Schulenburg* vertröstet worden. „Immer wieder wurde mir vom Bezirksamt ein Vertrag in Aussicht gestellt.“ Der gelernte Industriedesigner arbeitete an mehreren Inszenierungen als Kostüm- und Bühnenbildner mit. „Die Aufführungen wurden immer besser, die Leute spielten sich gut aufeinander ein.“ Schulenburg erwägt inzwischen eine Klage. „Ich kann nachweisen, dass mir ein Vertrag mehrfach zu-

gesagt wurde.“ Für Bühnenkünstler sei es nicht ungewöhnlich, schon mal in der Sozialhilfe zu landen, sind doch feste Engagements die Ausnahme. „Doch das hier war nicht irgendeine Beschäftigung, sondern hat den Bezirk attraktiver gemacht, Identität gestiftet,“ sagt Norbert Biegels*, Autor und Schauspieler. „Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich erstmals vorgestellt und danach den Absprung geschafft.“ Er selbst hinge sehr an der Neuköllner Bühne, bedauere die Kurzsichtigkeit der Verwaltung, blicke aber jetzt nach Hamburg.

LETZTER AKT ALS MEUCHELMORD?

Als einen „Meuchelmord auf ganzer Strecke“ bezeichnet Mitbegründer und künstlerischer Leiter Rüdiger Walter Kunze den letzten Akt des Schauspiels. Es ginge nicht nur eine neue künstlerische Linie in der Nischenkultur verloren. „Gerade jungen Leuten wird die Chance genommen, kontinuierlich zu arbeiten. Wer aber 1-2 Jahre nicht gespielt hat, kommt aus der Übung.“

Wenn schon über Sozialamtsmaßnahmen im Beruf gearbeitet werden kann – was eher selten ist –, dann müssten unbedingt Wege gefunden werden, das zu erhalten, findet Sabine Schöneburg, ver.di Fachsekretärin Theater und Bühnen. „Jedes Kulturpflänzchen sollte gehegt werden. Wenn nicht anders möglich, dann auch auf diese Art. Diese Stadt braucht das.“

Deshalb will Saalchef Ryrko auch kämpfen. Schon seit fünf Jahren gäbe es keine Förderung mehr, die drei freien Theatergruppen im Bezirk hätten bereits aufgegeben. Er wird sein Schauspielprojekt, seinen „Traum irgendwie fortsetzen“, wendet sich an andere Träger, wirbt um Spenden und Sponsoren und will bis Ende des Jahres mit kleineren Projekten durchhalten. „Danach werden Arbeitsagentur und Sozialamt lernen, mit Hartz richtig umzugehen,“ hofft er. „Mutlos bin ich nicht.“ **Bettina Erdmann**

* Namen geändert



Schwachbrüstige Stiftung

ver.di befürchtet mit Cottbuser Stiftungsgesetz Spartentod

Die Gesetzesvorlage, mit der das Staatstheater Cottbus und die Kunstsammlung der Stadt in eine Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus überführt werden sollen (Sprachrohr berichtete), wurde vom Kabinett in Potsdam bereits gebilligt – unter Protest der Opposition.

Der Landtag soll in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zustimmen. Lediglich eine Anhörung im Kulturausschuss liegt noch dazwischen. ver.di Berlin-

Brandenburg warnt energisch vor den Gefahren, die der unmotivierte Trägerwechsel vor allem für das Dreispartenhaus und seine Beschäftigten birgt. „Ein gravierendes Minus“ im Finanzsäckel der geplanten Stiftung „bereits in den nächsten Jahren“ befürchtet ver.di-Fachsekretärin Sabine Schöneburg, da Zusagen nur für die Landeszuschüsse gegeben seien und diese noch dazu unter Haushaltsvorbehalt. Die Stadt, die zur Hälfte finanzieren soll, sei

bislang völlig außen vor. Über tarifliche Regelungen enthält die Vorlage keinerlei Aussagen, unklar ist auch, ob die Stiftung überhaupt den Arbeitgeberverbänden beitreten wird. „Das Stiftungsgesetz muss dringend nachgebessert werden“, fordert Schöneburg. Die Gewerkschafterin verlangt Mindestregelungen analog zur Berliner Opernstiftung: „Haushaltsvorbehalte darf es im Gesetz nicht geben, die Tarifbindung muss gesichert sein und

den über 400 Beschäftigten im Falle des Scheiterns ein Rückkehrrecht garantiert werden.“ Bislang sei nicht einmal der Stiftungszweck zufrieden stellend beschrieben. „Es sind klare Vorgaben zur Erhaltung der Kunstsammlung und des Mehrspartenhauses festzuschreiben“, meint Schöneburg. Wenn nicht in diesem Sinne nachgebessert werde, bedeute das „den baldigen Tod mindestens einer Theatersparte“, fürchtet sie. **neh**

DIE MAY IST 80 GEWORDEN!

Die Fachgruppe Theater und Bühnen gratuliert der Schauspielerinnen und Sängerinnen Gisela May herzlich zum 80. Geburtstag! Wir wünschen unserer langjährigen, aktiven und streitbaren Gewerkschaftskollegin gute Gesundheit, Stehvermögen und weitere berufliche Erfolge. Gisela May verkörpert beste deutsche und speziell Berliner Theatertraditionen und ist für Generationen von Zuschauern und Nachwuchskünstlern die Verkörperung der Brecht-Interpretin par excellence. Qualität ist ihr Markenzeichen, höchste

künstlerische Ansprüche vertritt sie auf jeder ihrer Bühnen, allen voran der des „Berliner Ensembles“, dessen Intendanz sie 1992 nach 30 Jahren aus dem Ensemble entließ.

Aber nicht nur als Künstlerin ist die May im In- und Ausland geschätzt, sie ist auch eine Frau mit Überzeugungen, die sie dem Wechsel der Zeiten nicht opfert. Dass sich Gisela May mit ihrer Beständigkeit, ihrem Können und ihren reichen künstlerischen Erfahrungen auch weiterhin einmisch, wünschen wir ihr und uns!



Foto: G. Senft

Die Chronik des Gerhart-Eisler-Kreises innerhalb der ver.di-Betriebsgruppe Rundfunk ist in den rund drei Jahren seines Bestehens reich geworden an gesellschaftspolitischen Diskussionsrunden. Am 2. Juni ist der Themenkette ein weiteres Glied hinzugefügt worden, als es um die Beziehungen zwischen Bertolt Brecht und dem DDR-Rundfunk ging.

Gesprächspartnerin war Dr. Ingrid Pietrzynski vom Deutschen Rundfunkarchiv Potsdam, die ihr Buch „Der Rundfunk ist die Stimme der Republik ...“ – Bertolt Brecht und der Rundfunk der DDR 1949-1956 vorstellte. Dass jemand aus dem Kreis der etwa 20 Zuhörer eine gedeihliche, gar harmonische Zusammenarbeit des DDR-Rundfunks mit Brecht erwartet hatte, war von vornherein kaum anzunehmen. Die Auf-

Händeringen ums Radio

Brechts Bemühungen um offenen DDR-Rundfunk



fassungen beider Seiten von wirkungsvoller Medienarbeit hätten unterschiedlicher nicht sein können, was man getrost dem – wenn auch SED-gesteuerten – DDR-Rundfunk als Schuld anlasten muss. Im Vortrag der Autorin wurden die händeringenden Bemühungen Brechts deutlich, dass – auch mit seiner angebotenen Mitwirkung und der seines Ensembles – in den Junitagen

1953 der Rundfunk der hetzerischen Einmischung des Westens Paroli bieten möge. „Der Rundfunk, das im Augenblick wichtigste Massenorgan...“ (Brecht, der 17. Juni 1953 und der DDR-Rundfunk) indessen hüllte sich in Schweigen, viel zu lange und nicht zum letzten Mal, wie einzugestehen ist.

Ingrid Pietrzynski ließ es aber spürbar werden, mit welcher konstruktiven Intensität Brecht sich generell um den DDR-Rundfunk bemühte, etwa, wenn er im Herbst 1953 (!) sagte: „Für ein langkommen des Deutschen Gesprächs wird der Rundfunk im-

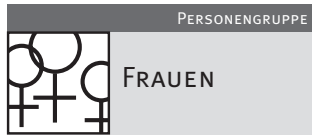
mer wichtiger ...“, oder: „Der Rundfunk – dieses großartige politische Mittel ...“ Dann die Enttäuschung: „Der Rundfunk ist trotz einiger Bemühungen nach wie vor tot ...“ Und schließlich auch den heutigen Radiomachern ins Stammbuch geschrieben: „Im Radio ist nur das Langweilige lang...“ Wenn die Fernsehmacher diese Lehre auch auf ihr Medium anwendeten, wäre dies nicht von Schaden!

Mit eigener Vergangenheit als Radiomacher schmerzt es schon gehörig, diesen Satz im eigenen Wirken zwar schon beherrigt zu haben, aber viel zu wenig und vor allem nicht so konsequent wie erforderlich. **Bernhard Kellner**

Buchtipps: Ingrid Pietrzynski: „Der Rundfunk ist die Stimme der Republik...“, trafo verlag Berlin, 338 S., 35,80 Euro (Bestellungen: trafoverlag@t-online.de)

„Hexlibris“ zu empfehlen

Bibliothek von EWA e.V. ist Fundgrube zu Frauenthemen



„Hexlibris“ ist mehr als eine bloße Sammlung von Büchern. Die Frauenbibliothek ist eine besondere Fundgrube: 4000 Bücher und ein Archiv zu Frauenthemen stehen den bisher rund 450 Nutzerinnen hier zur Verfügung.

Die Bücherei gäbe es nicht ohne EWA, das erste Berliner Frauenzentrum, seit 1990 als Verein registriert. Während anderenorts DDR-Literatur für unbrauchbar erklärt wurde, retteten hier engagierte Leserinnen die Publikationen von Autorinnen.

Der Bestand ist inzwischen systematisch geordnet. Unter dem Stichwort „Frauen in der DDR“ finden sich z.B. Bücher von Brigitte Reimann, Maxi Wander und Charlotte von Mahlsdorf. Biogra-

fien von A bis Z können ausgeliehen werden – über Charlotte von Stein und Sophie Scholl, Memoiren von Katharina II. oder Briefe von Rosa Luxemburg.

Brigitte May, ab 1991 im Frauenzentrum tätig und selbst besondere Liebhaberin von Krimis, und Maria Schabbel, ehrenamtlich seit 1994 dabei und Spezialistin für Biografien, betreuen „Hexlibris“. Zum Bibliotheksangebot gehören neben Prosa, Lyrik und Krimis viele Sachbücher u.a. zur Frauengeschichte, über Lesben

Männer dürfen
auch lesen

und Schwule, Politik, Religion, Kunst und Wissenschaft. Männliche Autoren sind nur dann vertreten, wenn sich ihre Publikationen direkten Frauenthemen widmen. Männer als Leser können

sich bei „Hexlibris“ anmelden, wenn sie journalistisch zu Frauenthemen recherchieren.

In den vergangenen Jahren wurde der Bestand mit den Ausgaben von Autorinnen aus den alten Bundesländern, aktuellen Veröffentlichungen zum § 218 und zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ erweitert. Als Dauerleihgabe einer Journalistin, die in der Redaktion der „Für Dich“ arbeitete, stehen im Archiv von „Hexlibris“ die Jahrgänge 1971 bis 1990 der DDR-Frauenzeitschrift zur Verfügung. Auch Exemplare des „Magazin“ aus den Jahren zwischen 1966 bis 1990 können gelesen werden.

Regelmäßig waren und sind im EWA-Frauenzentrum bekannte zeitgenössische Autorinnen zu Gast. Von ihnen signierte Bücher erhalten einen speziellen Stempel von „Hexlibris“ und werden nicht außer Haus gegeben.

Brigitte May wertet seit 1995

MOL

Die Märkisch-Oderland Kultur GmbH (MOL) mit Musikschulen, Museen und Gedenkstätten zwischen Lebus, Bad Freienwalde und Strausberg, hat mit 130 000 Euro Defizit zu kämpfen. Höhere laufende Kosten konnten nicht durch Einnahmesteigerungen abgefangen werden. Nun muss sich entscheiden, ob Insolvenz angemeldet oder Teile geschlossen werden sollen, ob andere Geldquellen aufgetan oder ein Haustarifvertrag für die 38 Beschäftigten verhandelt werden können. **red**

regelmäßig Tageszeitungen aus und archiviert alle Artikel zu Frauenthemen. Besonders Studierende der Politik, Sozialwissenschaft und Kunst werden hier fündig.

Die Bibliothek ist auf Spenden angewiesen. Es sind alle Bücher willkommen, die inhaltlich zur Frauenthematik passen.

Cornelia Bera

„Hexlibris“ im EWA e. V. Frauenzentrum: Die von 16 bis 19 Uhr und Do von 15 bis 18 Uhr, Prenzlauer Allee 6, 10405 Berlin, Tel. 030/ 4 42 55 42

Gipfel erklimmen

Mit weitem Blick: Charlotte Worgitzky zum 70.

Vor sieben Jahrzehnten wurde sie im kulturellen Zentrum des Obererzgebirges geboren, in Annaberg-Buchholz – auf halbem Wege zwischen Chemnitz und Karlovy Vary. Wer also an den Hängen des Sehmatals, am Fuße eines die Stadt überragenden Ba-

Immer wieder neuer
Traum vom Möglichen

saltfelsens und nahe einer Grenze diese Welt zu erkennen begann, der durfte schon von klein auf den Wunsch in sich fühlen, Gipfel zu erklimmen, den Blick in die Ferne zu richten und Grenzen jeder Art zu überwinden.

Charlotte Worgitzky scheute den Berufswechsel nicht, sobald es ihr als Schauspielerin nicht mehr genügte, sich einem Publikum mit den Gedanken anderer Autoren mitzuteilen. Anfang der siebziger Jahre erschien erste

literarische Arbeiten, und bald drängte es sie, sich auch in anderen Medien auszuprobieren. Das Theater kannte sie, den Rundfunk eroberte sie sich mit der aktuellen Form des Features, es folgten Romane, Erzählungen. Dann ein neuer Grenzwechsel, von Berlin nach Köln und, eigene Grenzen aufbrechend, der Wechsel zurück. Der geweitete Blick ließ sich nicht zwischen Scheuklappen zwängen. Bald zählte man sie zu den kritischen Autorinnen, aber stets erweiterte sich ihr Traum vom Möglichen, eroberte auch noch den Spielfilm.

Der Ruf nach solidarischer Verantwortung und eigene Einsicht führten sie in den Bundesvorstand und in den Berliner Landesvorstand des VS. Pflichten haben sie bis heute nicht losgelassen. So gesellt sich zu den guten Wünschen für das nächste Jahrzehnt der von Herzen kommende Dank vieler Weggefährten.

Hans Müncheberg

VERNISSAGE



Foto: transit

... im Café Halland, dem Leselokal an der Grenze von Pankow zum Prenzlauer Berg! Bilder von Dorle Gelbhaar werden ausgestellt. Die Frau ist im VS aktiv und im Zusammenhang mit Literatur auch den „Sprachrohr“-Lesern vertraut. Ihre zweite Leidenschaft, so Monika Erhardt-Lakomy als Moderatorin, sei von jeher die Malerei. Parallel zum Kriminalroman „Der Fremde am Telefon“ entstand das „Alles verschlingt sich“. Schichtweise mit tusche, Tempera und Öl gemalt, hatte das Bild Erfolg.

Die Malerin Jutta Mitschin erkannte Dorles Talent auch auf dieser Strecke, förderte und forderte sie. Experimente mit Kreide auf Packpapier und Tempera auf Karton folgten. Die Ölarbeiten sind Dorles Mann zu danken, der ihr Farben und Leinwand zum Geburtstag schenkte. Das Ergebnis nun: Dorle Gelbhaars „Art die Welt zu sehen“.

E.B.

SCHULGESETZ

Nicht ideal, aber besser

Im neuen Schulgesetz § 124 werden die Belange der Musikschulen ausführlicher geregelt. Kulturelle Bildung wird als wichtiger angesehen. Das ist nötig, denn auf bezirklicher Ebene wird die Lage durch rückläufige Finanzen schwieriger.

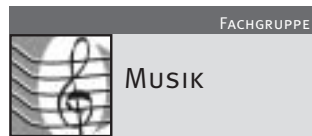
Zwar ist bedauerlich, dass das Schulgesetz die Musikschulen nicht absichert und dass Berlin kein eigenes Musikschulgesetz wie Brandenburg erhält, doch es ist detaillierter und bietet mehr Absicherung für die MS. Es ist nun gesetzlich festgeschrieben, dass die Musikschule die musikalische Grundversorgung im Bezirk sichert. Jeder Bezirk hat eine Musikschule, allerdings können sich auch mehrere Bezirke zusammenschließen. Im Beirat haben wir uns gegen die Zusammenlegungs-Option gewandt. Trotzdem ist die jetzige Regelung besser als das alte Gesetz, das nicht mal erwähnte, wie viele Musikschulen es gibt. Sie werden zur Qualitätssicherung verpflichtet. Schulleiter sollen Managementfähigkeiten besitzen. Die Lehrkräfte müssen ihre Qualifikationen nachweisen.

Ulrike Philippi

www.senbj.s.berlin.de/schule/rechtsvorschriften/schulgesetz/schulgesetz

Merkwürdiges Konstrukt: Frei mit halber Stelle

Gerichte prüfen arbeitsrechtlichen Status noch nicht endgültig



Die Konstruktion ist höchst ungewöhnlich. Natürlich gibt es Angestellte mit Teilzeitbeschäftigung, es gibt auch Freie Mitarbeiter. Aber wohl nur in Berlin gibt es Lehrerinnen und Lehrer, die beides zugleich sind: Freie Mitarbeiter mit einer halben Stelle. Geht das überhaupt? Ist nicht die Tätigkeit als Freier Mitarbeiter in Wirklichkeit ein verkapptes Arbeitnehmerverhältnis? Diese Frage stellen, heißt eine Statusklage führen. Und sie birgt Dynamit, falls die Arbeitsgerichte sie bejahen. Immerhin ist diese merkwürdige Konstruktion an fast allen Berliner Musikschulen üblich geworden. Weniger riskant schien es da, vor Gericht die Frage umzudrehen: Ist nicht der (halbe) Freie Mitarbeiter als arbeitnehmerähnliche Person anzuerkennen? Damit würden die betroffenen Lehrkräfte Anspruch auf bezahlten Urlaub auch für die Freie

Mitarbeitertätigkeit haben. Sollte die Musikschule, die die Lehrkraft mit einer halben Stelle verpflichtet hat, ihr gegenüber weniger Verpflichtungen zum sozialen Schutz haben?

Eine Berliner Lehrkraft hat alle diese Fragen vor Gericht prüfen lassen. Das Landesarbeitsgericht hat in zweiter Instanz die Klage abgewiesen. Das Gericht ging davon aus, dass für die Feststellung der Arbeitnehmerähnlichkeit die Beziehung der Musikschule zum Angestellten nicht zu berücksichtigen sei. Ausschlaggebend sei allein die Tatsache, dass es eine halbe Stelle gebe. Das Gesetz besagt, dass Personen, die mit mindestens einer halben Stelle angestellt sind, nicht mehr als „vergleichbar einem Arbeitnehmer sozial schutzbedürftig“ anzusehen sind, wenn sie noch freiberuflich tätig werden.

Das Gericht berücksichtigte dabei die Höhe des Verdienstes, die ausreichend sei, um eine soziale Schutzbedürftigkeit zu verneinen. Außerdem verwies es darauf, dass bereits ein Urlaubsanspruch bestehe – wenn auch nur

über eine halbe Stelle. Der Gesetzestext lässt diese Sicht der Dinge zweifellos zu. Und doch bleibt ein schaler Beigeschmack. Soll ausgerechnet eine Regelung, die zum Schutz der Freien Mitarbeiter eingeführt wurde, dazu missbraucht werden, um einen neuen sozialen Status einzuführen? Die Lehrkraft ist von einer Schule vollkommen abhängig, die Schule kann sich ihrer Verpflichtungen zur Hälfte entledigen?

Problematisch ist nicht die Entscheidung zur Arbeitnehmerähnlichkeit. Problematisch ist vielmehr der arbeitsrechtliche Status der Lehrkräfte. Denn anders als das Wort „arbeitnehmerähnlich“ vermuten lässt, handelt es sich dabei eindeutig um eine Teilgruppe der Selbständigen. Ob aber die Lehrkraft wirklich als Selbstständige tätig ist und nicht in einem verkappten Arbeitnehmerverhältnis, das wäre im Einzelfall zu prüfen.

Diese Prüfung steht noch aus. Und das ist vielleicht auch gut so. Birgt sie doch, wie schon gesagt, Dynamit...

A.E.

Mehr als graue Medientheorie

dju in ver.di-Hochschulgruppe für undogmatische Perspektiven

Der Streik der Studierenden des Wintersemesters 03/04 gegen Sparmassnahmen und Sozialabbau mit all seinen Wirren war Auslöser für die Gründung der dju-Hochschulgruppe „Kritischer Journalismus“ hier in Berlin. Als die Proteste verebbten, fragten sich viele am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Lankwitz, wie es weitergehen solle. Trotz geringen Streikerfolgs gab es durchaus Aktionsbereitschaft und das Interesse, Medientheorie mit kritischer Medienpraxis zu verbinden.

Ein entscheidender Impuls ging vom Kollegen und Kommilitonen Eric Jannot aus. Als dieser – das bundesweite dju-Hochschulpro-

jekt war gerade ausgelaufen – bei der dju Berlin-Brandenburg anfragte, ob wir bei studentisch organisierten Veranstaltungen auf Unterstützung zählen könnten, bekam er sofort eine Zusage. So standen wir vor der Chance, eine gut ausgebaute, auf Medien und Öffentlichkeit bezogene Hochschulgruppe ins Leben zu rufen.

Schon nach unserer ersten Veranstaltung im April, die Erstsemesterstudenten der Publizistik Infos zum Berufsbild „Journalist“ geben sollte, bekundeten zahlreiche Kommilitoninnen und Kommilitonen großes Interesse. Dreißig Personen haben sich auf unserer Interessentenliste eingetragen, sieben sind seit dem in



ver.di eingetreten. Uns wurde klar, dass die Studierenden mehr in der Uni machen wollen als diesen – vorsichtig ausgedrückt – recht wasserköpfigen Studiengang abzusetzen!

Unser Programm ist, zu etwa gleichen Teilen kritisch-politische und praxisorientierte Themen zu bieten – wir denken dabei beispielsweise an Diskussionsrunden über die Zensurproblematik genauso wie an Workshops zum Thema Recherche

und Medienrecht. All das mit der Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen, die sich für eine Präsenz der dju in den Hochschulen engagieren.

Was kommt als nächstes? Eine Filmvorführung zum Thema „(Ohn)Macht der Medien“ mit anschließender Diskussion, um die Studierenden aus einer kritischen und undogmatischen Perspektive an diese Problematik heranzuführen.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass die Gewerkschaften positives Echo in den Unis bekommen, wenn sie sich so engagieren, wie in den Betrieben – vor Ort, aktiv und durch eine klare Botschaft: Mehr als eine graue Lern- und Arbeitswelt ist machbar!

**dju-Hochschulgruppe
„Kritischer Journalismus“,
FU Berlin**

AUSSCHREIBUNG

Lied- und Plakatwettbewerb

Zum „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ am 12. September 2004, der auch in diesem Jahr wieder als „Aktionsstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg“ mit über 100 Infoständen und Tausenden Besuchern auf dem Berliner Marx-Engels-Forum stattfinden wird, loben die Veranstalter einen Plakat- und Liedwettbewerb aus. Ziel des Aktionstages ist, Menschen zu ermutigen, sich Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus entgegenzustellen. Schwerpunktthemen der Veranstaltung werden in diesem Jahr Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Europäischen Union sein. Bands, Musikgruppen, Einzelinterpreten und Chöre sind aufgerufen, Lieder aus dem antifaschistischen Widerstand neu zu interpretieren oder ein eigenes Lied zu schreiben.

Das Bestplatzierte gewinnt 500 Euro. Der beste Plakatentwurf wird mit 300 Euro prämiert und als das Mobilisierungsplakat für den diesjährigen Aktionsstag genutzt. Der Entwurf muss das Logo des Aktionstages, Termin, Ort und Zeit enthalten. Die Auswahl trifft auch hier eine Jury. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2004. Aufruf, weitere Informationen zum Wettbewerb und Kontaktanschriften unter www.tag-der-mahnung.de **Hans Coppi**

JOURNALISMUS

Solibasar - Bitte vormerken! Der Solidaritätsbasar 2004 der Berliner Journalistinnen und Journalisten findet am 28. August zwischen 10 und 17 Uhr auf dem Alexanderplatz statt. Die Spenden kommen in diesem Jahr im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen dem Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain und Rafel del Sur (Nicaragua) einem ländlichen Projekt zur Armutsbekämpfung zugute. So sind Maßnahmen für sauberes Trinkwasser, bessere medizinische Versorgung und ökologischen Landbau vorgesehen. ver.di

rechnet mit 25 000 Besuchern. Das Bühnenprogramm lädt in diesem Jahr zu kulturellen Streifzügen durch Asien, Afrika und Lateinamerika ein.

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 0 30/ 86 31-24 20) Nachweise journalistischer Tätigkeit nicht vergessen!

Presseausweis der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der Köpenicker Str. 55, Zi. 11.17 im Container. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90, gegenüber Anhalter Bahnhof.

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder am S-Bahnhof Savignyplatz.

FRAUEN

Der Frauenstammtisch des Fachbereiches 8 trifft sich an jedem letzten Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str. 5 (Oranienburger Tor, U6). Nächster Termin: 29. Juli.

RFAVMEDIEN

Berliner Kinostammtisch: Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant „Götterspeise“ in der Neuköllner Oper, U-Bahnhof Karl-Marx-Str. (U7).

Stammtisch für Kleindarsteller: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr am gleichen Ort.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes Berlin-Brandenburg eingeladen!

Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 30 (neu). Nächste Sitzung: 27. August.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 55.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 55. Ulla Pingel (Tel. 621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

JUGEND

Medienjugend: Treff jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Container des Gewerkschaftshauses, Köpenicker Str. 55.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden alle drei Wochen statt. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 86 31-24 12). Nächste Termine: 28. Juni (geschäftsführender Vorstand) und 19. Juli (erweiterter Vorstand), jeweils 15 bis 18 Uhr, Raum 5.21.

CONNEXX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien am am 13. Juli und 10. August im „Oberbaum-eck“ direkt am U-Bahnhof „Schlesisches Tor“. Um Haftungsfragen, Gewährleistung, Garantieerklärungen geht es im Juli unter dem Motto „Ohne Gewähr – wer haftet bei Schäden?“. Im August stehen Statusfragen und Statusklagen auf der Tagesordnung, wenn es heißt: „Was bin ich? Selbstständig oder abhängig beschäftigt? Beginn jeweils 19 Uhr (siehe auch: www.connexx-av.de)

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

FOTOGRAFEN

Rechte wahrnehmen – Stimme übertragen!

An alle, die zur Mitgliederversammlung der VG Bild-Kunst am 10. Juli nicht nach Bonn fahren können, ergeht die Bitte, die versandte Stimmübertragungskarten auszufüllen, die du in ver.di als Stimmempfänger zu benennen und die Karte zurückzuschicken! Die Interessenvertretung kann auch formlos gesichert werden, wenn Mitgliedsnummer, Stimmempfänger, Datum und Unterschrift nicht fehlen. Die Post muss bis 6. Juli 2004 bei der VG Bild-Kunst, Weberstr. 61, 53113 Bonn, eingegangen sein.

Sprachrohr 4/04

erscheint am 23.8.2004
Redaktionsschluss am 26.7.04

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin. Tel.: 030/86 31-0.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96 -64, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel.: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel.: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin.

Wenn schon, denn schon für alle

Bedarfsbeschäftigten müssen Zusatzleistungen gewährt werden

Nach einem Urteil des Arbeitsgerichts Berlin vom 12. Mai 2004 müssen so genannte Bedarfsbeschäftigte im Hinblick auf Lohnzusatzleistungen wie andere Arbeitnehmer behandelt werden.

„Bedarfsbeschäftigten“ sind Arbeitnehmer, in deren Arbeitsvertrag keine Mindestarbeitszeit festgelegt wird – im Bereich von Rundfunk und Fernsehen durchaus keine Seltenheit. Anlass des Rechtsstreits zwischen drei solchen Bedarfsbeschäftigten – vertreten durch ver.di – und dem Fernsehsender N24, einer Tochtergesellschaft der ProSieben Sat. 1 Media AG, war die Ungleichbehandlung bei Lohnzusatzleistungen.

Bei N24 waren bisher allen Arbeitnehmern aufgrund einer Vereinbarung zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat Lohnzusatzleistungen gewährt worden. Nun sollten die Bedarfsbeschäftigten davon ausgenommen bleiben.

Bei den von den Klägern geltend gemachten Ansprüchen ging es um Zeitzuschläge (Nachtarbeit, Feiertagsarbeit), Urlaubsansprüche und die Zahlung eines 13.

Monatsgehalts. Da N24 nicht gewillt war, diese Ansprüche anzuerkennen, mussten die Betroffenen den Rechtsweg beschreiten. Bereits in einem vorhergehenden, ebenfalls von ver.di unterstützten Verfahren waren die ursprünglich befristeten Arbeitsverhältnisse der Kläger in unbefristete umgewandelt worden.

Kein Grund für schlechtere Behandlung

Früchte trug der Rechtsstreit um die Zusatzleistungen schon vor dem Urteil. N24 war aufgrund der drohenden Klagen seit Jahresanfang 2004 dazu übergegangen, die Bedarfsbeschäftigten entsprechend der Vereinbarung mit dem Betriebsrat zu behandeln. Vor Gericht ging es nur noch um die in der Vergangenheit angefallenen Ansprüche. Aus der Sicht von ver.di war absolut kein sachlicher Grund erkennbar, die Bedarfsbeschäftigten schlechter zu behandeln.

Rechtlich stützten sich die Ansprüche auf den Gleichbehandlungsgrundsatz, nach dem der Arbeitgeber einzelne Arbeitnehmer nicht willkürlich schlechter stellen darf. Ferner wurde § 4 Teilzeit und Befristungsgesetz (TzBfG) ins Feld geführt, nach dem Teilzeitbeschäftigte nicht diskriminiert werden dürfen. Da das Arbeitsvolumen der Kläger annähernd einer halben Stelle entsprach, war das auch hier anwendbar.

Das Gericht sprach den Klägern alle geltend gemachten Ansprüche zu. Nebenbei sei angemerkt, dass selbst N24 schon während des Gerichtstermins einen Teil der von ver.di gestellten Anträge anerkannte. Bisher wurden gegen das Urteil auch noch keine Rechtsmittel eingelegt. „Die Gerichtsentscheidung stellt einen wichtigen Teilerfolg im Kampf gegen die nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung der Bedarfsbeschäftigten dar und verbessert zugleich deren Schutz“, so Stefan Damm, ver.di-Rechtssekretär. (Az: 29 Ca 33862/03)

Johannes Heuschmid

UMZUG

Neue Telefonnummern

Auch der ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie zieht demnächst in den Neubau am Spreeport. Die Fachgruppen sind ab 23. Juli unter der Telefon-Einwahl **030/ 88 66** - mit folgenden Durchwahlen erreichbar:

Journalismus (Sekretariat)	- 4106 - 5402
Papier/Kunststoffe (Sekretariat)	- 5408 - 5405
Musik, Literatur, Bildende Kunst (Sekretariat)	- 5403 - 5402
Industrie/Chemie (Sekretariat)	- 5404 - 5406
Druck/Verlage (Sekretariat)	- 5407 - 5405
RFAV-Medien (Sekretariat)	- 5411 - 5421
Theater/Bühnen (Sekretariat)	- 5413 - 5412
Presseausweise	- 5420 - 5421
connexx	- 5416 - 5417 - 5422

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!

BERND HUBATSCHKE



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. Gründung aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), Gemeinschaftsgründungen;
- bei der Fördermittelbeantragung, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der Überprüfung Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. Rahmenbedingungen;
- bei der KSK-Antragstellung und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das Presseversorgungswerk

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 - 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de

